

A1 Diskussion Stand Notfallversorgung Brackenheim

Antragsteller*innen: Jürgen Winkler Jürgen Sauer

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Resolution KV HN Bündnis 90 / die Grünen

2 Der KV HN Bündnis 90 /die Grünen fordert den Landesvorstand, die Landesregierung
3 und das Sozialministerium hiermit auf, die KVBW im Rahmen der bestehenden
4 Rechtsaufsicht anzuweisen den Abschluss des neuen Gesetzgebungsverfahrens mit der
5 Einarbeitung der Koalitionsvereinbarungen abzuwarten und dessen Möglichkeiten
6 für den ländlichen Raum zu evaluieren, die Schließungen der Notfallpraxen
7 umgehend einzustellen, um mit den betroffenen Kommunen Alternativen zu
8 erarbeiten und einvernehmliche Lösungen im Sinne der gesamten Bevölkerung zu
9 suchen!

Notfallpraxen in Baden-Württemberg, „Reform“ der KVBW mit einem umfassenden Schließungskonzept

10 Der Notdienst soll sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten auch außerhalb
11 der regulären Praxiszeiten (sog. „sprechstundenfreie Zeiten“) medizinisch
12 versorgt werden, wenn eine zeitnahe ambulante vertragsärztliche Behandlung
13 indiziert ist.

14 Dies gelingt in BW mit den jetzt existierenden Notfallpraxen bereits nur
15 unvollständig, da die KVBW die Öffnungszeiten der Notfallpraxen sukzessive
16 eingeschränkt hat, die sie jetzt per „New Speak“ in „Allgemeinärztliche
17 Vertretungspraxen“ umbenennt.

18 Seit September 2024 wurde die vertraulich kommunizierte „Reform“ öffentlich.
19 In Brackenheim hatten sich mehrere Bürger spontan zu einer überparteilichen
20 Online - Petition entschlossen.

21 In einer Gruppe, die sich spontan überparteilich gegründet hat wurde diese
22 Petition im Zabergäu intensiv beworben. Es konnten in kurzer Zeit über 10 000
23 Petenten gewonnen werden. Die Petition wurde in Stuttgart direkt dem
24 Petitionsausschussvorsitzenden übergeben. Im Landtag wurde die Initiative von
25 den Fraktionen und einzelnen Fraktionsvorsitzenden als große Unterstützung
26 begrüßt, darum gebeten weiter am Ball zu bleiben.

27 Zuvor hatte bereits vor dem Sitz der KVBW eine Demonstration mit
28 Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der betroffenen Kommunen in Stuttgart
29 stattgefunden. Dabei waren die Aussagen der Verwaltungschefs klar, die von einer
30 Zerschlagung funktionierender Strukturen sprachen. Und von einer
31 unabgesprochenen Vorgehensweise der KVBW.
32
33

Die Petition wurde zwischenzeitlich vom Petitionsausschuss in Stuttgart leider mit 12:8 Stimmen abgelehnt, aber mit einer bemerkenswerten Anzahl von Gegenstimmen!

Am 03. März sind die Eilanträge und Klagen von 13 Kommunen beim Sozialgericht eingegangen und angenommen worden. Die einstweilige Verfügung wurde vom Sozialgericht in Stuttgart vorläufig abgelehnt und auf eine Hauptverhandlung verwiesen! . Inzwischen gehen 15 Kommunen ins Hauptsacheverfahren, das ist ein Statement.

Dass durch die Schließungen zusätzliche Belastungen in den schon häufig am Limit arbeitenden Notaufnahmen der Kliniken registriert werden, und der Rettungsdienst gleichermaßen zusätzlich belastet ist, berichten leitende Ärzte der Notaufnahme und die Rettungsdienste. Im Sozialausschuss des Landtages hatte die stv. KV-Vorsitzende betont, dass die Player durch die „Reform“ nicht zusätzlich belastet werden.

Im Land wurde die politische Ausstrahlung der Handlungen der KVBW durch Sozial- und Gesundheitsminister Lucha völlig unterschätzt.

Das Thema wird auch im Landtagswahlkampf eine bedeutende Rolle spielen. Wir sollten weiterhin informierend aktiv sein, nochmals zusätzlich aktiv werden, wenn Frau Dr. Reinhardt und Manne Lucha ins Zabergäu kommen werden, was trotz verbindlichen Zusagen bisher noch nicht fest ist!

Die von der KV angebotenen Alternativen und Ersatzlösungen (zentrale Telefonnummer, Telemedizin, Fahrdienste, usw.) sind noch nicht einsatzfähig und werden sicherlich vorerst auch nicht so funktionieren, dass sie entlasten können. Das telemedizinische Angebot der KVBW schließt bereits um 23.00 Uhr, das ist unbefriedigend. Statistisch betrachtet, können knapp 20 000 Menschen des Stadt- und Landkreises das Angebot nicht nutzen, weil sie „Offliner“ sind. Die SLK HN hat eindeutig erklärt, dass sie nicht über die räumlichen und personellen Kapazitäten verfügt, die jährlichen 6000 – 8000 Patienten aus Brackenheim aufzufangen. Irgendwelche Maßnahmen zur Lösung der Situation sind bisher von der SLK her nicht erfolgt.

Die Anregungen an die SLK zur Gründung eines MVZ als Randzeitenpraxis von 17 bis 21/22 Uhr und Samstags, wurden bisher nicht aufgegriffen.

Insgesamt sehen wir hier auch das Sozialministerium in der Pflicht, beratend und begleitend tätig zu werden und auf Umsetzung der Minimalzusagen zu drängen!

Dieses Vorgehen und die Schließung der Notfallpraxis ist ein schwerer Schlag für die Region und den gesamten ländlichen Raum. Dadurch wird nur die AFD gestärkt, sondern es werden auch unsere eigenen Wahlchancen 2026 gemindert!

Der KV HN Bündnis 90 /die Grünen fordert deshalb den Landesvorstand, die Landesregierung und das Sozialministerium hiermit auf, die KVBW im Rahmen der bestehenden Rechtsaufsicht anzuweisen den Abschluss des neuen Gesetzgebungsverfahren mit der Einarbeitung der Koalitionsvereinbarungen

78 abzuwarten und dessen Möglichkeiten für den ländlichen Raum zu evaluieren, die
79 Schließungen der Notfallpraxen umgehend einzustellen, um mit den betroffenen
80 Kommunen Alternativen zu erarbeiten und einvernehmliche Lösungen im Sinne der
81 gesamten Bevölkerung zu suchen!